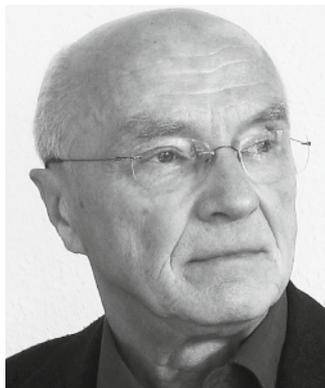




Michael Barthel

# Bürgerschaftliches Engagement im kommunalen Sport



In wenigen gesellschaftlichen Bereichen liegen öffentliche Wahrnehmung und Realität so weit auseinander wie im Sport. Im Fokus der Öffentlichkeit stehen zu meist nur einige (telegene bzw. telegen produzierte) Sportarten mit ihren Spitzenleistungen, vor allem aber auch der hoch kommerzialisierte und bisweilen skandalisierte Teil des Sports. Die Realität des organisierten Sports in Deutschland mit über 91.000 Vereinen und 27 Millionen Mitgliedschaften sieht indes völlig anders aus. Hier wird das Sporttreiben von Millionen Menschen ehrenamtlich mit hohem Engagement und viel persönlichem Einsatz organisiert. Selbstorganisation und Ehrenamtlichkeit sind im Gegensatz zu manchen anderen gesellschaftlichen Bereichen konstitutive Elemente des Sports in Deutschland.

Ohne das freiwillige Engagement von mehreren Millionen Menschen würde es den Sport, auch den Spitzensport, in seiner Vielfalt und mit seinen Leistungen und Erscheinungsformen nicht geben. Über acht Millionen Menschen im verbandlich organisierten Sport schaffen durch ihr freiwilliges Engagement die Grundlage für die Selbstorganisation und -verwaltung des Sports in Deutschland. Betrachtet man die Strukturen und die Arbeit des organisierten Sports in Deutschland genauer, so wird man mit Erstaunen feststellen, dass hier seit langer Zeit, wenn auch meist unbewusst, bürgerschaftliches Engagement praktiziert und Elemente der Bürgergesellschaft entwickelt wurden. Hier organisieren Menschen ihr Sporttreiben selbst und unter großem Einsatz von freiwilligem, ehrenamtlichem Engagement. Darüber hinaus entstehen und bestehen in den Vereinen Netze der sozialen Kommunikation, die auf das Zusammenleben in der Nachbarschaft und in der Kommune wirken. Über das gemeinsame Sporttreiben bilden sich soziale Kontakte, findet Nachbarschaftshilfe statt und bei Kindern und Jugendlichen trägt der Sport Wesentliches zur sozialen Stabilisierung und zur Persönlichkeitsentwicklung bei. In seinem Wirken kann der Sport wichtige Normen und Werte im Zusammenleben der Menschen wie Fairness, Toleranz und Rücksichtnahme, Teamgeist und Leistungswillen u.a. praktizieren und vermitteln.

Seit seiner Gründung (1950) hat sich der Deutsche Sportbund (DSB, heute Deutscher Olympischer Sportbund DOSB) um die Förderung der ehrenamtlichen Mitarbeit bemüht. Zahlreiche Mitgliederversammlungen des DSB (Bundestage) wurden unter dem Motto der Ehrenamtsförderung durchgeführt, viele Mitgliedsorganisationen des DSB und ihre Jugendorganisationen (Sportjugend) haben Ehrenamtskampagnen und Maßnahmen zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements verwirklicht. Seit Mitte der neunziger Jahre haben diese Bemühungen eine neue Qualität erlangt und es entstand auch

ein größeres wissenschaftliches Interesse an der genaueren Untersuchung der Zugangswege, dem Engagementverhalten und an zahlreichen anderen qualitativen und quantitativen Aspekten des freiwilligen Engagements im Sport. Das Internationale Jahr der Freiwilligen 2001, die Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ in der 14. Wahlperiode und das in der Folge entstandene „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (BBE) haben die Bedeutung der Ehrenamtlichkeit in der politischen Öffentlichkeit sichtbar gemacht und zugleich viele Anstöße zu seiner Weiterentwicklung gegeben. Es hat sich ein breiter Diskurs entwickelt, der sich um die Idee des bürgerschaftlichen Engagements und um das Leitbild der Bürgergesellschaft drehte und der nicht zuletzt im organisierten Sport in Deutschland einen intensiven Diskussions- und Veränderungsprozess ausgelöst hat.

## Kollateral-Nutzen des Sports

Bürgergesellschaft meint das durch Selbstorganisation und freiwilliges Engagement der Bürgerinnen und Bürger entstehende Netzwerk, das die institutionellen Strukturen und Maßnahmen des Staates bzw. der Gesellschaft ergänzt oder auch ersetzt. Bürgergesellschaft bedeutet zugleich die breite und aktive Mitwirkung von Bürgern bei der Ausgestaltung des Zusammenlebens, die Mitwirkung im gesellschaftlichen und politischen Bereich und die Übernahme von Verantwortung in der Gemeinschaft. Bürgerschaftliches Engagement bedeutet in diesem Zusammenhang das freiwillige, ehrenamtliche Handeln, das über seinen eigentlichen Zweck hinaus für das Zusammenleben der Menschen in der Gemeinschaft Wirkungen erzielt und Leistungen erbringt. Es ist insofern eine Weiterentwicklung des ehrenamtlichen Engagements in das gesellschaftliche Leben hinein.



Besonders in vielen Kommunen sind die Sportvereine zusammen mit kulturellen Vereinigungen und Gruppen aus dem kirchlichen Bereich wichtige Akteure – oder anders formuliert: Netz-Knoten – im Zusammenleben der Menschen. Hier bildet sich der Kitt der Gesellschaft. Aus der Selbstorganisation des Sports und aus seiner Arbeit heraus erbringt der Sport viele Leistungen für die Gemeinschaft, Beiträge zu Nachbarschaftshilfen und zur sozialen Kommunikation und Interaktion in der örtlichen Gemeinschaft und er übernimmt dort Verantwortung im Zusammenleben der Menschen. Es entsteht sozusagen ein nicht unwichtiger „Mehrwert“ für die Gesellschaft, man könnte es auch Kollateral-Nutzen nennen.

Mit der Arbeit an einem Leitbild des deutschen Sports, das vom Bundestag des Deutschen Sportbundes im Dezember 2000 beschlossen wurde und insbesondere durch die Einbindung in die Arbeit der Enquetekommission des Deutschen Bundestages hatte im deutschen Sport eine intensive Beschäftigung mit Fragen der Bürgergesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements eingesetzt. In seinem Leitbild bekannte sich der DSB dazu, dass er in der Gesellschaft „noch stärker Verantwortung übernehmen und seine Kompetenz und Leistungen einbringen wird“. Und er nennt die „Förderung der aktiven Bürgergesellschaft mit gleichberechtigter Teilnahme von Männern und Frauen“ als einen Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit.



Abb. 1: Laufveranstaltung in Lychen (Brandenburg) (Foto: Jost)

Einen ganz entscheidenden Impuls erhielt der Sport durch die Empfehlungen zur „Förderung des bürgerschaftlichen Engagements im und durch Sport“, die vom Hauptausschuss des DSB im Dezember 2003 beschlossen wurden. Dort wurde festgestellt: „Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Fortentwicklung und in einem Wandel. Auf der einen Seite ist der Staat an den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit angelangt, auf der anderen Seite wollen Bürgerinnen und Bürger ihre Lebenszusammenhänge selbst gestalten und in der Gesellschaft stärker beteiligt werden. Dies wird zu einem veränderten Verhältnis von Bürgern und Staat führen. Künftig wird sich die Gesellschaft stärker auf das Engagement und die Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern und ihrer freiwilligen

Zusammenschlüsse stützen, die Politik wird die Bürgerinnen und Bürger stärker in die Gestaltung des Zusammenlebens einbeziehen müssen. Die Entwicklung wird hin zu einer Bürgergesellschaft gehen... Der organisierte Sport mit seinen Strukturen und seiner Arbeit wird hierbei ein wichtiger Akteur sein. In seinem (...) Leitbild bekennt sich der deutsche Sport ausdrücklich dazu. Dadurch entfaltet sich über ehrenamtliche Mitwirkung hinaus immer stärker bürgerschaftliches Engagement im Sport. In einer sich entwickelnden Bürgergesellschaft kann und will der Sport in noch größerem Umfang Verantwortung für die Gemeinschaft übernehmen. Er wird Kinder und Jugendliche in ihrer sozialen Entwicklung unterstützen, er wird beim Einüben von demokratischen Tugenden und Verhaltensweisen, bei der Integration von Minderheiten, der Förderung des Gesundheits- und Körperbewusstseins mitwirken und er wird wichtige Beiträge zum Zusammenhalt der Menschen in den örtlichen Gemeinschaften leisten. Der Sport wird sich dabei stärker mit anderen Gruppen und Organisationen des bürgerschaftlichen Engagements (wie Kirchengemeinden, Kulturorganisationen, Organisationen im Bereich der sozialen Dienste, Umweltgruppen u.a.m.) austauschen, mit ihnen zusammenarbeiten und vernetzen...“

Die in den „Empfehlungen“ konzipierten Veränderungen sind jedoch keine Selbstläufer, sie erfordern Aktivitäten und Veränderungen von allen Ebenen des organisierten Sports, von den Vereinen, den Stadt- und Kreissportbünden bis zu den Spitzenverbänden, den Landessportbünden und dem DOSB. Deshalb kommt es darauf an, „(...) auf den verschiedenen Ebenen des organisierten Sports Maßnahmen zu ergreifen und Strukturen zu schaffen, die es möglich machen, bürgerschaftliches Engagement effizient zu fördern und zu entwickeln“. Für den deutschen Sport hatte sich mit den „Empfehlungen...“ von 2003 eine neue Dimension des Wirkens entwickelt.

## Mehr bürgerschaftliches Engagement im Sport

Als größte Personenvereinigung in Deutschland wollte der DOSB bei der Entwicklung einer Bürgergesellschaft eine wichtige Rolle spielen, durch enge Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Gruppen und durch Weiterentwicklung seiner Arbeit und Qualifizierung seiner haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern auf allen Ebenen. So arbeiten der DOSB und die Deutsche Sportjugend beim „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (BBE) im Koordinierungsausschuss und in fast allen Projektgruppen des BBE mit, auch auf lokaler und regionaler Ebene intensiviert sich die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren bürgerschaftlichen Engagements.

Ein besonderer Schwerpunkt bei der Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im Sport liegt in der Personal- und Organisationsentwicklung. Das bedeutet Qualifizierung der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder, Übungs-, Jugendleiter und Helfer, aber auch der haupt(und neben)amtlichen



Kräfte, denn es wird ein neues Miteinander von Haupt- und Ehrenamt im Sport notwendig sein; die Hauptamtlichen werden z.B. stärker Kontinuität der Arbeit gewährleisten, aber zugleich auch mehr Raum und Gelegenheit für zeitlich befristetes und projektbezogenes Engagement bieten müssen. Die Organisationen – die Abteilungen, die Vereine und die Verbände – müssen sich auf neue Engagementformen einstellen, die neben den nach innen gerichteten Aktivitäten künftig stärker eine Außenorientierung in die Bürgergesellschaft erfahren. Die Gewinnung und Einbindung von neuen Freiwilligen, insbesondere von jungen Menschen, von Frauen und von Älteren, die aus dem Berufsleben ausscheiden, ist dabei eine wichtige Aufgabe. Und ebenso wird man das Loslassen lernen müssen, denn die Befürchtung, aus einer Aufgabe nicht mehr entlassen zu werden, schreckt viele davon ab, sich zu engagieren. Die Organisationen werden sich noch stärker nach außen öffnen müssen, in die Kommune und zu anderen Organisationen und Gruppen. Der Sport und seine Akteure werden politikfähiger, um die eigenen Interessen besser zu vertreten und um das lokale Zusammenleben mitzugestalten.

In diesem Veränderungsprozess spielen die Träger von Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen des Sports (Ausbildungseinrichtungen der Mitgliedsorganisationen des DOSB, Bildungswerke, Akademien) eine wichtige Rolle, dort werden Strategien zur Personalentwicklung, die die Förderung der fachlichen und persönlichen Kompetenzen der Engagierten zum Ziel haben, vermittelt und Konzepte zur Organisationsentwicklung von Sportvereinen und -verbänden unter dem Aspekt der verbesserten Engagementmöglichkeiten erarbeitet. Unterstützung erhält der Sport dabei in erheblichem Maße durch die Wissenschaft. Die drei Freiwilligensurveys des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lieferten empirische Kenntnisse über die vielfältigen Formen des bürgerschaftlichen Engagements. In den Sportentwicklungsberichten („Analyse zur Situation des Sports in Deutschland, Bundesinstitut für Sportwissenschaft), die alle zwei Jahre erstellt werden, werden Zustand und Entwicklung des Sports auch unter den Aspekten des bürgerschaftlichen Engagements aufgezeigt; sie gehen in die Fortbildungskonzepte ein.

In seiner Entwicklung hatte der Sport nach 1950 parteipolitische und weltanschauliche Neutralität, die eine Voraussetzung für die Einheitssportbewegung war. Dies wurde häufig als unpolitisches Verhalten missverstanden. Aber da, wo sportliche Belange in der Kommune berührt werden, ist der Sport gefragt. Und da, wo sich aus seinem Wirken Berührungspunkte in die Gesellschaft ergeben, muss er sich einmischen:

- in Fragen der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, der Integration von Minderheiten,
- in der Gesundheitspolitik,
- in der Raumplanung,
- bei sozialen Projekten.

Mit anderen Akteuren des bürgerschaftlichen Engagements auf lokaler Ebene, mit Vereinen im kulturellen und im sozialen Sektor, mit Kirchengemeinden, mit Initiativen und Selbsthilfegruppen wird man enger zusammenarbeiten und sich vernetzen und so Bürgergesellschaft praktizieren. Die Felder sind vielfältig, ob Quartiersmanagement oder Gemeindefeste, ob Ganztagschule oder Integrationsprojekte, ob Prozesse der Gemeindeentwicklungsplanung oder Präventionsräte, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Prozess zu verstärktem bürgerschaftlichem Engagement im und durch Sport und zur Entwicklung von Bürgergesellschaft wird bei der großen Zahl von Vereinen sowie der Vielfalt der Sportarten und der regionalen Traditionen natürlich sehr unterschiedlich und in unterschiedlicher Intensität verlaufen. Letztendlich soll die Entwicklung aber den Fußballverein in Vorpommern genauso erfassen wie den Turnverein in Baden oder die Triathleten im Emsland.

Der organisierte Sport in Deutschland hat sich, angestoßen durch die Politik, aufgemacht auf den Weg in eine künftige Bürgergesellschaft, und das mit einer Dynamik, die noch in den Diskussionen der Enquetekommission von vielen angezweifelt wurde, als man den „Großorganisationen“ die Fähigkeit zur Veränderung absprechen wollte und viele Mitglieder der Kommission einseitig auf kleine Initiativen und auf das „neue Ehrenamt“ setzten.

### Defizite bei der Politik

Heute stellt es sich eher so dar, als ob die Politik ihre Dynamik und das Interesse an dem Thema verloren hat, und es scheint, dass die „Etatisten“ in allen Parteien wieder die Oberhand gewonnen haben – jene, die glauben, dass letztlich nur ein starker Staat, wenn er denn die richtige politische Ausrichtung hat, das Glück der Menschen gewährleisten kann. In der Haushaltspolitik von Bund, Ländern und besonders in Kommunen sind häufig gerade Träger und Maßnahmen des bürgerschaftlichen Engagements – ob im Sozialen, in der Kultur oder im Sport – die Ersten, die Kürzungen erfahren, handelt es sich hier doch meist um sogenannte freiwillige Aufgaben.

Aber auch die Politik – von den Kommunen bis zum Bund – wird sich einem umfassenden Veränderungsprozess unterziehen müssen. Gesetzliche und administrative Rahmenseetzungen sollten zum Beispiel daraufhin überprüft werden, ob sie freiwilliges bürgerschaftliches Engagement behindern oder befördern („Engagement-Verträglichkeits-Prüfung“). Die Enquetekommission des Deutschen Bundestages hatte in ihrem Abschlussbericht einen umfangreichen Katalog von fast 200 Handlungsempfehlungen und Entwicklungsperspektiven erstellt zur Entbürokratisierung, zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zum Schutz bürgerlich Engagierter, ihre Realisierung kann jedoch nicht allein die Aufgabe eines Unterausschusses des Deutschen Bundestages sein. Die Haushaltspolitik von Bund, Ländern und Kommunen muss unter dem Leitbild der Bürgerkommune kritisch überprüft und umge-



Abb. 2: Im Sportverein immer in Bewegung (Foto: Metscher)

steuert werden. Wenn man die Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte kritisch bewertet und die Verwaltungsausgaben (Personal- und Sachkosten, Investitionen für Verwaltung, Betreuung), die Transferleistungen (Sozialhilfe, Wohngeld usw.), die Investitionen in Infrastruktur und die Ausgaben zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement (Zuwendungen, Steuererleichterungen) einander gegenüberstellt und in ihrer Wirksamkeit vergleicht, wird man wohl feststellen, dass die Unterstützung von freiwilligem bürgerschaftlichen Engagement viel mehr an Leistungen für die Gemeinschaft bewirkt als Finanzleistungen im Verwaltungshaushalt oder gar Transferleistungen. Das Postulat des aktivierenden Staates erhält dadurch eine neue haushaltspolitische Dimension. Leider scheint jedoch das Gegenteil zu passieren. Da werden häufig Zuwendungen als Subventionen betrachtet und gekürzt oder ganz gestrichen.

## Partner in den Kommunen

In einer Reihe von Kommunen gibt es allerdings auch ermutigende Ansätze zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements, mit Koordinierungsstellen oder Beauftragten für bürgerschaftliches Engagement, zum Teil mit eigenem Budget, mit Beratungsstellen u.Ä. und mit einer Verwaltung, die wie selbstverständlich Vereine, Gruppen und Initiativen in ihrer Arbeit unterstützt und als gleichberechtigte Partner behandelt. Die Kommunen könnten ihre vielfältigen Ressourcen dem bürgerschaftlichen Engagement nutzbar machen, z.B. Räume in Dienstgebäuden, in Schulen, Seniorenfreizeitstätten usw. zur Verfügung stellen, durch Beratung und Unterstützung durch Fachleute in den Verwaltungsressorts, aber auch in Institutionen der kommunalen Weiterbildung. Und sie könnten bei der Zusammenarbeit und Vernetzung der unterschiedlichen Initiativen und Gruppen in der Kommune helfen, denn die Bürgergesellschaft hat in der Kommune ihre lokale Verankerung und Ausprägung. Hier entwickeln sich Strukturen und Aktionen, Werte und Normen, die die Grundlagen einer Bürgergesellschaft sind. Das bedeutet auch, dass die Kommunalpolitik ihr Verhältnis zu Gruppen und Organisationen, die mit ihrem freiwilligen bürgerschaftlichen Engagement in der Kommune wirken, neu bestimmen muss. Diese sind nicht mehr bloße Zuwendungsempfänger oder gar Bittsteller, sondern sollten Part-

ner bei der Gestaltung des Zusammenlebens in der örtlichen Gemeinschaft werden. Diese Partnerschaft bedeutet, dass man sich über Probleme des Zusammenlebens in der Kommune, über Entwicklungen und über Ziele austauscht und zum gemeinsamen Handeln verabredet.

Die kommunalen Spitzenverbände haben dies erkannt, in einer Kooperationsvereinbarung „Starker Sport – starke Städte und Gemeinden“ von Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund mit dem DOSB vom November 2008 werden gemeinsame Handlungsfelder aufgezeigt, die Anregungen und Impulse zur Weiterentwicklung der Kooperation von Kommunen und organisiertem Sport geben sollen.

Aber nicht nur die Kommunen und die Kommunalpolitik müssen sich verändern, auch die Länder und die Bundespolitik müssen ihre Politik kritisch überprüfen und insbesondere die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern. Das muss nur in wenigen Fällen zu Belastungen in den sowieso überstrapazierten Haushalten führen, häufiger sind es gesetzliche Regelungen, die angepasst werden müssen, oder Verwaltungspraktiken, die verändert werden müssen. Politik und Verwaltung können sich als Förderer und als Partner bürgerschaftlichen Engagements erweisen, Bürgergesellschaft muss als Leitbild für gesellschaftliche Veränderungen erkennbar werden. In dieser neuen Partnerschaft wird der Sport seine Offenheit und Politikfähigkeit beweisen.

Der Sport wird dabei seine Autonomie nicht verlieren. Seine eigenen Belange wird er nach wie vor selbst regeln, er wird die Art und das Maß der Mitwirkung in der örtlichen Gemeinschaft selbst bestimmen und er wird sich natürlich weiterhin überwiegend seiner Kernaufgabe widmen, das gemeinsame Sporttreiben von Menschen in der örtlichen Gemeinschaft zu organisieren und zu gestalten.

Michael Barthel

Von 1975 bis 1992 hauptberufliche kommunalpolitische Tätigkeit in Berlin-Schöneberg: Bezirksstadtrat für Familie, Jugend und Sport, Bezirksbürgermeister

Von 1999 bis 2006 Beauftragter der DSB/DOSB am Sitz der Bundesregierung, Berlin